

An unsere Organisationen!

Werte Genossen!

I.

1. Die Lage der Mehrheitssozialdemokratie wird immer bedrängter. Die Vorstösse der Bethmann-Helfferich-Ludendorff im Untersuchungsausschuss, die Hindenburgdemonstrationen sind klare Symptome der wachsenden Energie der militärisch-monarchischen Gegenrevolution: der Junker, der Militärs und der hohen Bürokratie, der Schwerindustrie, der Grossfinanz. Andererseits lassen die groteske Zaghaftheit, mit der im Untersuchungsausschuss der Vorstoss gegen rechts geführt wird, die Demonstrationen der bürgerlichen Jugend gegen den Ausschuss, die Passivität einestheils und aktive Hilfe und Sympathie der grossen Massen der mittleren Bourgeoisie und des Kleinbürgertums für die militärische Restauration erkennen, dass die bürgerliche Republik zusehends den Boden unter den Füßen verliert. Die Sozialdemokratie, wie sie, wenn auch widerwillig, Geburtshelferin der bürgerlichen Republik war, so wird sie mehr und mehr ihre einzige Stütze. Für diese Partei, und nur sie, ist in der Tat die bürgerliche Republik die Frage der Existenz. Wenn die bürgerliche Republik, für die die Scheidemann-Partei in Berlin den 6. Dezember, den Januar, den März gemacht haben, für die sie in Bremen, im Ruhrgebiet, in München die Strassenschlachten lieferte, von der Bourgeoisie aufgegeben wird, so muss das Proletariat vielleicht in den Kampf gehen gegen die Ludendorff, aber es wird nimmermehr kämpfen für die politische Existenz der sozialdemokratischen Henkersknechte der Bourgeoisie.

Der Notschrei der Scheidemann-Partei, „die Revolution ist in Gefahr“, ist der Notschrei einer Partei, die den Boden unter den Füßen wanken fühlt.

Die Gefahr für die bürgerliche Republik ist nicht eingebildet, sie ist real. Das bedeutet nicht, dass die militärisch-monarchische Restauration vor der Tür steht. Es stehen ihr noch mancherlei Hindernisse im Wege. Sie kann sich Zeit lassen, denn die Zeit arbeitet für sie — aber es bedeutet, dass die Existenz der bürgerlichen Republik von Tag zu Tag prekärer, zufälliger wird, dass irgend eine günstige inner- und ausserpolitische Konstellation den Staatsstreich auslösen kann.

Angesichts dieser Lage wirft die Scheidemann-Partei die Losung der proletarischen Sammlung gegen rechts zur Verteidigung der Republik in die Massen. Sie fordert die Unabhängigen zum Zusammenschluss auf.

Unsere Partei bedarf einer einheitlichen klaren Parole gegenüber dieser Losung zur proletarischen Sammlung, sie bedarf einer politischen Direktive für den Fall eines Staatsstreiches von rechts.

2. Es ist nicht mit Bestimmtheit vorauszusehen, ob die proletarischen Massen einem Staatsstreich von rechts gegenüber bereit sein werden, in Aktion zu treten. Nach einem Jahre Existenz ist die bürgerliche Republik in den Augen der proletarischen Massen ihrer illusionären Jugendreize beraubt. Kahl und nackt stellt sie sich ihnen dar als die alte Diktatur des Kapitals. Die Proletarier im November 1918 übersetzten sich das Wort Revolution mit Sozialismus. Die Uebersetzung wurde von der Bourgeoisie und ihrer Sozialdemokratie mit rotem Arbeiterblut korrigiert. Die bürgerliche Republik ist für die Proletarier die blosse Umrisslinie des Kapitalismus geworden, die selbst inhaltslos ist. Die Arbeiterklasse drängt ihre Lage unerbittlich vorwärts zur kommunistischen, zur Räterepublik.

Die kleinbürgerlichen Massen aber sehnen sich unter der wachsenden, wirtschaftlichen Zerrüttung, unter dem steigenden Steuerdruck zurück nach der starken Faust der Militärmonarchie.

Die eine wie die andere Masse drängt also ihre Lage zu allem ausser einem, der Erhaltung des Bestehenden, der Verteidigung der bürgerlichen Republik.

Die Erhaltung der bürgerlichen Republik, die die Scheidemänner auf ihre Fahne schreiben, ist also gerade das, was unmöglich ist.

3. Welches auch die wirkliche Haltung und Stimmung der proletarischen Massen einem militärisch-monarchischen Staatsstreich gegenüber sein mag — selbst die vollkommene Passivität ist nicht ausgeschlossen — die Parole der Partei muss in jedem Fall eine **aktive** sein. Sie muss streben, die Aktionsbereitschaft zu schaffen, sie muss ihr das revolutionäre Ziel weisen, sie muss, im Falle Aktionen der Arbeiterklasse einsetzen, ihre Führung zu gewinnen trachten, indem sie die konkreten politischen Losungen für sie ausgibt.

Es kann sich für die Partei nicht um **technische** Vorbereitungen für den „Tag“ handeln. Die Vorbereitungen, die die Partei trifft, fügen sich durchaus in den Rahmen ihrer allgemeinen politischen Linie ein. Sie ist keine technische, sie ist keine speziell zugeschnittene, sie ist politisch und allgemein und sie ist an sich schon enthalten in den Aktionen der Partei gegen alles, was die Arbeiter heute bedrückt, sie wächst organisch aus diesen Vorbereitungen und Kämpfen heraus.

4. Die Losung kann nicht sein die Verteidigung der bürgerlichen Republik als bürgerliche Republik — für das leere Nichts kämpft man nicht.

Sie kann ebensowenig auch sein, Gewehr bei Fuss zu stehen gegenüber Ludendorff und den Seinen.

Sie muss darin bestehen: Dem militärischen Staatsstreich die revolutionäre Offensive in Richtung der Kommunistischen, der Räterepublik entgegenzuwerfen.

Gegen die Feinde der Republik, aber nicht für die bürgerliche Republik — gegen die Gegner der Scheidemänner, aber nicht für die Scheidemänner.

5. Eine „Sammlung des Proletariats“ um die Ebert-Republik und um die Ebert-Partei ist historisch ein Widersinn und politisch ein Verrat der Revolution an die Ludendorff.

Die Verteidigung der Republik setzt vielmehr voraus die Sammlung des Proletariats auf revolutionärer Basis, auf der Basis der proletarischen Diktatur.

Es gilt also in diesem Stadium den Notschrei, den Sammlungsruf der Scheidemänner **gegen** diese zu kehren. Man muss ihre entscheidende Schuld an der Organisierung, der Befestigung der militärisch-monarchischen Gegenrevolution schonungslos aufrollen.

Es gilt die Sammlung auf der Scheidemannbasis zu brandmarken als Verrat nicht nur an der Republik, sondern ebenso an der Revolution. Es gilt, ihr die Sammlung der Massen auf der kommunistischen Basis entgegen zu stellen.

6. Diese Kritik muss nötigenfalls ihre Spitze richten auch gegen die Führer der U. S. P. Jede Aktion dieser Führer in der Richtung zur Sammlung um die Scheidemänner muss bei den Massen als Verrat denunziert und ausgenutzt werden, um diese Massen für die Losung der proletarischen Diktatur, für den Kommunismus zu erobern, um sie zum Bruch mit dem Teil der Führung zu bringen, der den Verrat begehen will.

Wenn die proletarischen Massen, die noch bei der U. S. P. stehen, intensiver wie bisher durch sachliche Ueberzeugung und durch Kritik ihrer Führer zu gewinnen versucht werden, so ist dennoch jede Koalition selbst mit dem linken Flügel der U. S. P. ausgeschlossen — für die K. P. D. im Ganzen, wie für ihre einzelnen Organisationen — solange dieser linke Flügel noch mit dem rechten in der Organisation zusammen bleibt.

Wir ersuchen daher unsere Organisationen, den lokalen Führern, wie den Anhängern des linken Flügels der U. S. P., falls diese an sie herantreten wegen lokaler oder allgemeiner Koalition, diesen Standpunkt strikte zu vertreten.

Das hindert nicht, sondern es bedingt vielmehr die eindringlichste propagandistische Einwirkung auf den linken Flügel und im Falle von Aktionen die Aufforderung an sie zur Mitwirkung.

7. Den vorbereitenden Vorstößen, den Demonstrationen usw. der monarchischen Restauration dürfen unsere Organisationen, wenn es möglich ist, nicht untätig gegenüberstehen. Sie müssen versuchen, Gegendemonstrationen in grösstmöglichen Umfange zu bewirken, oder, falls dieses nicht möglich, wenigstens solche Aktionen, die die Lage und Stimmung der Arbeiterschaft erlaubt, in die Wege zu leiten.

Bei der Schwierigkeit der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse, die sich vorraussichtlich noch lange Zeit halten wird, wird es nicht möglich sein, in solchen Fällen den Organisationen immer von der Zentrale aus die nötigen konkreten Parolen zu geben. Wir erwarten, dass in diesen Fällen die Organisationen von selbst die nötige Initiative entwickeln werden.

8. Treten die Massen in Aktion, so ist es unbedingte Pflicht unserer Organisationen, sich vollkommen die Selbstständigkeit der politischen Losungen und der politischen Führung zu erhalten.

Eine Situation, in der die Arbeitermassen gegen rechts zusammenwirken würden, bringt naturgemäss die Gefahr der Verwischung der politischen Grenzlinie, den politischen Sammlungsdrang mit sich. Die Partei hat seit ihrer Gründung diesem Drang im Interesse der Bewegung, im Interesse der Revolution fest widerstanden und versucht, die Massen über dieses Missverständnis aufzuklären.

Was im konkreten Falle zu geschehen hat, ist nicht im Voraus und allgemein zu bestimmen. Es hängt das von den besonderen Umständen, der allgemeinen Lage und den örtlichen Verhältnissen ab.

Die **allgemeine Losung**, die die Partei für eine Gegenaktion gegen einen militärischen Staatsstreich ausgibt, wird die der **proletarischen Diktatur der Räterepublik** sein. Eine solche Aktion

muss mit äusserster Energie ausgenutzt werden, damit die Arbeiterklasse verlorene Machtpositionen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur zurückgewinnt und sich neue hinzuerobert. Die nächsten Kampfziele, die in dieser Richtung liegen, sind folgende:

Die Betriebsräte und die politischen Arbeiterräte müssen zum Mittelpunkt gemacht, neue Macht muss ihnen erobert werden. Die Betriebsräte müssen sich zum nächsten Ziel machen: Die volle Kontrolle über die Produktion, über Rohstoffbeschaffung und -verteilung, den Verkehr, den Handel, die Banken. Die politischen Arbeiterräte müssen für das Proletariat die Leitung des Kampfes übernehmen, die Macht- und Verwaltungsorgane der Bourgeoisie matt zu setzen und zu ersetzen trachten. Grosser Wert ist auch zu legen auf die Bewegung in den Landbezirken. Falls die Grossgrundbesitzer und das Grossbauerntum zur Nahrungsmittelsperre greifen — es geschieht dies heute schon vereinzelt — so möge man dem Landproletariat die Losung geben: Kontrolle und Verwaltungsübernahme der landwirtschaftlichen Grossbetriebe zur Versorgung der Städte.

8. Alle konkreten Massnahmen des Proletariats in dem Abwehrkampf nach rechts und alle Vorbereitungen dazu fassen sich zusammen in den einen Gesichtspunkt: **Eroberung revolutionärer Machtpositionen auf dem Weg zur proletarischen Diktatur.**

Die auf diesem Wege zurückzulegenden Etappen sind nicht im voraus zu bestimmen. Sie ergeben sich aus den im gegebenen Zeitpunkt vorliegenden Machtverhältnissen und der Kampfbereitschaft der proletarischen Massen. Diese Mittel und diese Etappen werden weiter gehen je nach der Steigerung der Aktion. Sie müssen dem Umfang und dem Grad der Aktion vorseilen, doch sie dürfen ihm natürlich nicht widersprechen.

Die Aufgabe der Partei ist, die allgemeinen Losungen den Massen jetzt schon vertraut zu machen, um im Fall der Aktion das Höchstmass revolutionärer Eroberungen zu erzielen.

II.

Es taucht für unsere Organisation die Frage auf, wie sie sich verhalten soll zur Propaganda für die Gründung neuer Arbeiter-Unionen und zu den schon bestehenden Arbeiter-Unionen. Das Verhalten ergibt sich klar aus den Leitsätzen zu der Gewerkschaftsfrage, die der letzte Parteitag angenommen hat:

1. Da wo Propaganda getrieben wird für die Arbeiter-Unionen im Sinne der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation, in syndikalistischem Sinne also, da müssen unsere Organisationen dieser Propaganda klar und scharf entgegentreten als politische Organisation. Ebenso ist schärfste Kritik gegenüber bestehenden Arbeiter-Unionen geboten, die noch politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisationen vorstellen oder in dieser Richtung arbeiten.

2. Streng zu unterscheiden von diesen syndikalistischen Arbeiter-Unionen sind die Arbeiter-Unionen, die nur eine besondere Form der wirtschaftlichen Kampforganisation darstellen sollen. Während die Frage der syndikalistischen Arbeiter-Union eine durchaus politische ist, also unmittelbar die Partei berührt, so ist die Frage der rein wirtschaftlichen Arbeiter-Union eine intern gewerkschaftliche. Mit anderen Worten: Die Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform ist keine unmittelbar politische Frage. Sie ist eine Frage, die innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung zu lösen ist. Es hat sich im Auftrage der Partei eine Reichskommission zur Bearbeitung der gewerkschaftlichen Frage in kommunistischem Sinne gebildet, die diese Frage organisatorisch und auch literarisch in einem demnächst herauskommenden Organ behandeln wird. Die Frage ob und unter welchen Voraussetzungen die Gründung einer Arbeiter-Union künstlich ist, oder wann sie natürlich aus den wirtschaftlichen Kämpfen herausgewachsen ist, wann sie eine Frühgeburt ist oder ein legitimes Kind der Verhältnisse, darüber im Einzelnen zu orientieren, wird die Aufgabe dieser Kommission sein. Allgemein ist, wie die Organisationen wissen, vom Parteitag in den Leitsätzen der Grundsatz angenommen worden, dass dort, wo die Revolutionierungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften möglich ist — und das ist in den meisten Fällen der Fall — diese Arbeit dort aufgenommen werden muss durch Bildung von kommunistischen Fraktionen, die

a. die Gewerkschaften für die politischen Ziele des Kommunismus zu gewinnen und den politischen Einfluss der S. P. D. und der U. S. P. auszuschalten trachten,

b. die wirtschaftlichen Einzelkämpfe so führen, wie sich das aus der kommunistischen Gesamtauffassung ergibt. Die Leitsätze über die Gewerkschaftsfragen sagen aber auch, dass nicht zur Gründung von Arbeiter-Unionen geschritten werden soll, wo die Revolutionierungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften möglich ist. In solchen Fällen, also im Falle von Arbeiter-Unionsgründungen, die von vornherein als lebens- und kampfunfähig erscheinen, nicht als Kampfprodukt, nicht aus dem

Zwang der Umstände geboren (der positiven Unmöglichkeit revolutionierender Arbeit in den Gewerkschaften), da müssen unsere Genossen in den Betrieben und in den Gewerkschaften klar und deutlich sagen, was diese Neugründungen bedeuten: Schwächung der Revolution, Stärkung der Gegenrevolution.

c. Da, wo die Arbeiter-Unionen natürliche Kampfprodukte sind, (das trifft zu bei der Bergarbeiter-Union) müssen die Kommunisten in diesen Arbeiter-Unionen genau so kommunistische Fraktionen bilden, wie das in den Gewerkschaften der Fall ist, die in dem Sinne zu arbeiten haben, dass diese Organisation in kommunistischem Sinne geführt wird. Vor allem ist strengste Sachlichkeit bei der notwendigen Kritik innerhalb der Arbeiter-Unionen oder ausserhalb zu wahren. Es sind oft die energischsten Charaktere und die besten Kräfte, die sich in ein verfehltes Experiment dieser Art stürzen und man muss sie mit Geduld an der Hand ihrer eigenen Erfahrungen auf den richtigen Weg zurückzuführen suchen.

III.

Bei der Arbeit des Kommunistischen Landarbeiter- und Kleinbauern-Verbandes hat sich die Schwierigkeit ergeben, dass der grösste Teil der von dieser Propaganda gewonnen Mitglieder statt in dieser Sonderorganisation zu bleiben, direkt in die Kommunistische Partei eingereiht worden ist. Auch ist der Fortschritt der Organisation kein so starker gewesen, dass die Möglichkeit vorhanden ist, dass sie in absehbarer Zeit imstande sein wird, als selbständige wirtschaftliche Kampforganisation aufzutreten. Jedoch hat diese Propagandaarbeit reichliche Frucht getragen und sie ist von äusserster Wichtigkeit für die Gesamtbewegung. Wir sind daher zu dem Entschluss gekommen, ihr eine andere Form zu geben, indem wir sie zwar in ihrer jetzigen Form aufgeben aber als spezielle Propaganda direkt der Partei einreihen. Die Propaganda unter dem Landproletariat und den Landarbeitern und Kleinbauern wird also jetzt direkt eine Spezialarbeit unserer Parteiorganisation sein. Die bestehenden Verbindungen bleiben natürlich erhalten. Und es müssen neue Kräfte dazu gewonnen werden. Die Organisationen müssen dieser Aufgabe die grösste Aufmerksamkeit widmen, und mit der grössten Sorgfalt neue Kräfte für diese spezielle Propaganda aussuchen. Wir verweisen speziell auch noch darauf, dass die Jugend, Arbeiter-Sportvereine, Wandervereine usw. herangezogen werden sollen, um Propagandamaterial bei ihren Ausflügen und Wanderungen aufs Land zu bringen. Während für die reine Verbreitung auch Kräfte verwendet werden können, die nicht besonders mit den ländlichen Verhältnissen vertraut sind, sollten bei der unmittelbaren Agitations- und Werbearbeit auf dem Lande streng darauf geachtet werden, dass die dabei tätigen Genossen mit den ländlichen Verhältnissen wohl vertraut sind. Das Propagandamaterial für diese Zwecke wird von nun ab den Bezirken zugehen von der Zentralstelle für die Leitung dieser Propaganda. Der „Pflug“ wird in der bisherigen Weise weiter erscheinen und alle Berichte über die Arbeit, alle Anforderungen usw. sind nunmehr direkt an die Redaktion des Pfluges zu richten.

IV.

Es hat sich als notwendig erwiesen, energischer als das bisher geschah, an die Propaganda unter den technischen und kaufmännischen Angestellten heranzugehen. Wir haben einen Genossen betraut, die Leitung dieser Arbeit zu übernehmen. Sie soll nach zwei Richtungen gehen. Einmal die direkte Wirkung unter den Angestellten, zweitens die Einwirkung der Arbeiter unmittelbar in den Betrieben auf die Angestellten. Der Genosse, der die Leitung dieser Arbeit übernommen hat, wird den Organisationen demnächst besondere Anweisungen über die Arbeit zugehen lassen und wir bitten die Organisationen, ihm ihrerseits Anregungen zu geben, und ihm vor allen Dingen an die Hand zu gehen mit der Benennung von Genossen, die sich für diese Arbeit besonders eignen.

V.

Eine neue Nummer der „Internationale“ ist herausgekommen, Nr. 15/16. Wir hoffen, den Organisationen die Internationale nunmehr wieder regelmässiger zugehen lassen zu können. Eine Broschüre: wider den nationalen Kommunismus der Hamburger, ist als Sonderdruck der nächsten Nummer der Internationale in Vorbereitung. „Die auswärtige Politik der kommunistischen Partei und der nationale Bolschewismus“, ferner eine Broschüre: „Die Diktatur der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei“. Auf die Verbreitung der beiden Broschüren legen wir in Anbetracht der gegenwärtigen Parteidiskussionen besonderen Wert. Die Leitartikelkorrespondenz, die in Erwartung der Herausgabe eines Zentralorgans eingestellt wurde, soll einstweilen weiter erscheinen.

K. P. D.
Zentrale
2